

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Vormittags 1/2 11 Uhr. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Einzelne Nrn. 10 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärtig 15 Pf. Tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strampfwirter Fr. Herrn Richter; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janschel; in Langenschürsdorf bei Herrn H. Stiegler; in Benig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Kochsburg bei Herrn Paul Behl; in Wollenburg bei Herrn Herrn. Wildenbain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirken

Verantwortlicher Hr. D.

Amtsblatt für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Benig, Lunzenau, Richtenstein-Callenberg und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke: Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenschürsdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Oelsnitz i. E., Reichenbach, Kemse, Kochsburg, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

N^o 142.

Donnerstag, den 22. Juni

1905.

Witterungsbericht, aufgenommen am 21. Juni, Nachm. 3 Uhr.

Barometerstand 768 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 26° C. (Morgens 8 Uhr + 21,5° C. Tiefste Nachttemperatur + 12° C.) Feuchtigkeit der Luft nach Saubrechts Polymeter 83%. Taupunkt + 10,5° C. Windrichtung: Nordwest. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,0 mm. Näherer Witterungsaussichten für den 22. Juni: Halbheiter, Gewitterneigung.

Bekanntmachung,

die unentgeltlichen Impfungen betreffend.

Die diesjährigen unentgeltlichen Impfungen werden im **Nathausaale**

in folgender Weise vorgenommen:

Freitag, den 23. dieses Monats,
Vormittags 1/2 11—12 Uhr

die Erstimpfungen der in früheren Jahren zurückgestellten impfpflichtigen Kinder, sowie der im Jahre 1904 geborenen Kinder, deren Familienname mit einem der Buchstaben **A bis Z** beginnt und

Nachmittags 3 bis 4 Uhr

die Erstimpfungen derjenigen im Jahre 1904 geborenen Kinder, deren Familienname mit einem der Buchstaben **A bis Z** anfängt.

In Gemäßheit von § 12 der Verordnung vom 20. März 1875, die Ausführung des Impfgesetzes betreffend, werden die **Eltern, Pflegeeltern und Vormünder aller impfpflichtigen Kinder** andurch aufgefordert, mit ihren Kindern und Pflegebefohlenen in den vorerwähnten Impfterminen **behufs der Impfung zu erscheinen und an dem dem**

betreffenden Impftage nächstfolgenden gleichnamigen Wochentage ihre Kinder zur Kontrolle und Erlangung des Impfscheines wieder vorzustellen, oder die Befreiung von der Impfung durch ärztliche Zeugnisse nachzuweisen. Diese letztgedachten Zeugnisse sind im Impftermine aufzuweisen.

Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder, deren Kinder und Pflegebefohlenen ohne gesetzlichen Grund und trotz dieser amtlichen Aufforderung der Impfung oder der folgenden Bestellung zur Revision entzogen geblieben sind, werden nach § 14 Absatz 2 des Reichsimpfgesetzes mit **Geldstrafe bis zu 50 Mark oder Haft bis zu 3 Tagen** belegt.

Hierüber wird noch bemerkt, daß es unverwehrt ist, die impfpflichtigen Kinder auch außerhalb der öffentlichen Impftermine von approbierten Ärzten impfen zu lassen, daß aber solchenfalls die Impfung nicht unentgeltlich, sondern gegen entsprechende Honorierung des betreffenden Arztes zu erfolgen hat, und daß überdies der Nachweis der Impfung in den öffentlichen Impfterminen beizubringen ist. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, welche den ihnen obliegenden Nachweis zu führen unterlassen, werden nach § 14 Absatz 1 des Reichsimpfgesetzes mit einer **Geldstrafe bis zu 20 Mark** belegt.

Waldenburg, den 20. Juni 1905.

Der Stadtrat

Kreischner,
Bürgermeister.

Pt.

*Waldenburg, 21. Juni 1905.

Dr. Blant hat neulich im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik den Nachweis geführt, daß in den Städten nicht nur die Arbeiter, sondern auch zahlreiche Angehörige anderer Stände ihre Stimmen für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei abgeben. Selbst wenn man alle Arbeiter ohne weiteres der sozialdemokratischen Partei zurechnet, was bekanntlich keineswegs den Tatsachen entsprechen würde, übersteigt in Berlin die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen die der Arbeiter um 40, in Charlottenburg sogar um 56 Prozent. Ähnlich wird es sich in zahlreichen andern Städten verhalten.

Diese zahlenmäßig festgestellte Tatsache entspricht den Beobachtungen, die in kleineren Kreise jeder machen konnte, der mit Angehörigen verschiedener Bevölkerungsklassen verkehrt und ihre Meinungsäußerungen beachtet. Sie ist sehr bemerkenswert und darf nie aus den Augen verloren werden. Aber wenn sie auch geeignet ist, das Selbstgefühl der „Drei-Millionen-Partei“ etwas zu dämpfen, zum Triumph bietet sie auch den bürgerlichen Parteien durchaus keinen Anlaß. Wer sind denn die sozialdemokratischen Wähler aus den bürgerlichen Klassen? Doch zum allerwenigsten Leute, die von der Wichtigkeit der sozialdemokratischen Lehren überzeugt worden sind und darüber lieber heute wie morgen den jetzigen Staat zerstören und den sozialdemokratischen Zukunftsstaat mit völliger Gleichheit aller aufrichten wollen. Solcher Schwärmer, die wirklich meinen, ein lebenskräftiger Organismus lasse sich auf Grundlage völliger Gleichheit aufbauen, wird es in bürgerlichen Kreisen nicht viel geben. Nein, die Unterstützung aus bürgerlichen Kreisen verbannt die Sozialdemokratie jenen Bürgergeiten, die an den heutigen Zuständen des Staatswesens irgend etwas auszusetzen haben oder denen auch nur ein beliebiger Würdenträger des Staats oder ein Parteimann oder ein Vertreter der bestehenden Ordnung jemals an den Wagen gefahren ist und denen es nun einen geheimen Rißel verursacht, mit dem Stimmzettel in der Hand an der ganzen bürgerlichen Gesellschaft Vergeltung zu üben. Da wird denn alles, was man in den verflochtenen fünf Jahren mit sich herumtrug an Mißstimmung, Neid, Haß, oft ohne es ein einziges mal auszusprechen zu können, mit dem Stimmzettel in die Wahlurne gelegt — nun hat man seinem Herzen Luft gemacht, nun kann man wieder freiatmen.

Erklärlich ist das alles, aber besonders erhebend ist es nicht. Denn von politischer Reife zeugt es nicht, wenn im Deutschen Reiche viele, nach hunderten Tausenden zählende Wähler um kleiner, oft rein persönlicher Stimmungen und Neigungen willen in der großen, für uns alle entscheidenden Frage, ob die Grundlagen unsers Staatswesens beibehalten werden sollen oder ob ein neuer Bau von Grund auf unternommen werden soll, über dessen Art eigentlich niemand

recht klar ist, auf die Seite der Gegner des heutigen Staats treten. Von der Verantwortung dieser Frage hängt die Zukunft unsers Volkes und unsrer Kultur ab; sie ist entscheidend vielleicht für alle Zeit, denn wir wissen nicht, ob sich ein in dieser Richtung getaner Schritt, auch wenn er bald als verfehlt erkannt wird, jemals wieder ungeschehen machen läßt. Einer solchen wichtigen Frage gegenüber aber von so Kleinlichen, mit ihr gar nicht zusammenhängenden Vorurteilen und Stimmungen auszugehen, wie das von jenen Willkürern geschieht, das bekundet einen bedauerlichen Grad der Verjährtheit. Man lächelt wohl über den Jungen, der nach der alten bekannten Anekdote triumphierend sagt: „Geschieht meinem Vater schon recht, wenn ich die Hände erriere; warum lauft er mir keine Handfläche.“ Aber jene klugen Wähler machen es um kein Haar breit anders als jener Junge.

Der Einwand, daß ein sozialdemokratischer Stimmzettel noch nicht die Grundlagen unsrer gesellschaftlichen Ordnung erschüttert, will wenig befagen. Er hilft dazu, daß die Siegesgewißheit der staatsfeindlichen Elemente gestärkt, ihre Anstrengungen mit größerem Eifer fortgesetzt werden, daß das Vertrauen in die Dauerhaftigkeit der bestehenden Ordnung abnimmt und die ruhige, sachgemäße Arbeit zum Ausbau unsers Staatswesens durch dessen geschworene Feinde aufgehoben oder wohl gar unmöglich gemacht wird. Das ist gerade Schaden genug. Wenn Arbeiter meinen, durch sozialdemokratische Stimmzettel ihre Lage zu verbessern, so ist das zwar irrig, aber bei der herrschenden Verheerung gegen die bürgerlichen Klassen doch bis zu einem gewissen Grade erklärlich. Wenn aber auch Angehörige der bürgerlichen Stände sozialdemokratisch wählen, um ihr Mütchen an diesem oder jenem zu kühlen, so zeigt das, wie wenig reif diese doch eigentlich für das geltende Wahlrecht sind.

Freilich — die bürgerlichen Parteien sind nicht ohne Miltschuld. Sie haben recht oft verjäumt, zu der Unterordnung unter die großen, leitenden Gesichtspunkte zu erziehen, ohne die ein fruchtbringender Anteil des Volks an der politischen Arbeit nicht möglich ist. Sie haben wohl selbst im Wahlkampf, um den Einzelnen zu gewinnen, allerhand kleinliche Dinge in den Vordergrund gestellt und dadurch selbst ein böses Beispiel gegeben. Sie haben auch sonst in der politischen Diskussion sich recht oft in unbedeutende Streitfragen verbißten, sie aufgebauscht und dadurch die Gesichtspunkte verschoben, von denen aus die politischen Angelegenheiten zu beurteilen sind. Es wird einer ernstlichen, dauernden Schulung bedürfen, wenn die Zahl der Willkürer kleiner werden soll.

Der russisch-japanische Krieg.

Der japanische Gesandte in Washington Takahira teilte dem Präsidenten Roosevelt offiziell mit, daß es den japani-

schen Bevollmächtigten möglich sei, bis zum 1. August in Washington einzutreffen. Alsdann könnte die Konferenz zusammentreten, falls Rußland jener Zeitpunkt angenehm sei. Mit der Aufnahme der Vorverhandlung und dem Abschluß eines Waffenstillstandes hat es also noch gute Weile. Die von Newyork aus gemeldete Hoffnung, daß die ganze Angelegenheit noch im Laufe dieser Woche perfekt werden würde, mußte von vornherein als Illusion erscheinen. Man wird zufrieden sein können, wenn die Verhandlungen noch im Laufe dieses Jahres zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Auf dem nordmandschurischen Kriegsschauplatz wird inzwischen jedenfalls noch eine große Entscheidungsschlacht geschlagen. General Vinewitsch, der den Mund recht voll genommen und von einer zweifellosen Niederlage der Japaner gefaselt hatte, ist schon sehr kleinlaut geworden; ja er hat es für angezeigt gehalten, über einige kleinere Schlappen, die er erlitten, Bericht zu erstatten. Er will damit wohl einer allgemeinen Bestärkung über die ihm bevorstehende Vernichtung vorbeugen. Vinewitsch redet in seinen Telegrammen noch immer von Vorpostenschermützeln. In Wirklichkeit aber handelt es sich schon um ernstere Gefechte, die als unmittelbare Vorläufer der Entscheidungsschlacht angesehen werden.

Ueber eine Schandtat russischer Kosaken berichtet der Kriegskorrespondent eines Londoner Blattes aus der Mandschurei: Eine Abteilung Kosaken näherte sich einem japanischen Feldlazarett und feuerte auf dieses in kurzer Entfernung, dann ritten die Kosaken mit gezogenem Säbel zum Angriff vor, obwohl die Ärzte und das Lazarettpersonal — im ganzen etwa 300 Mann — durch ihre Abzeichen als Zugehörige des Roten Kreuzes kenntlich waren. Wie Wahnsinnige hieben die Kosaken mit ihren Säbeln auf die Wehrlosen ein und töteten viele von ihnen. Einige Kosaken stiegen von den Pferden und gingen gegen die hilflosen Lazarettwärter mit dem Bajonett vor. Manchem dieser Unglücklichen wurde das Bajonett tatsächlich in den Schlund gebohrt, andere wurden nahezu enthauptet, wieder anderen wurde der Leib aufgeschlitzt. Nach dieser Heldentat steckten die Kosaken die Tragbahnen, die Ambulanz- und Vorratswagen mit den Arzneimitteln und Instrumenten in Brand und plünderten schließlich noch sämtliche Schlafräume. Beim Rückzuge, auf dem sie noch Feuer an die Hütten der chinesischen Bevölkerung legten, schleppten sie 20 Ärzte als Gefangene mit.

Eine Petersburger Meldung der Londoner „Times“ besagt, General Vinewitsch habe dem Kriegsamte bereits mitgeteilt, daß er nicht im Stande sei, die fortgesetzte Entwicklung der japanischen Offensivbewegung zu hemmen. In Charbin herrscht die Cholera. Die Lage ist sehr ernst. Beim Ausbruch der Seuche befanden sich 26.000 Verwundete und Kranke in den Charbiner Lazaretten.